

Bild der Woche 5 Jahre «Wir schaffen das»

Fünf Jahre her – Ein Schlauchboot und rund 200 Paar Schuhe liegen als Installation für eine Mahnwache zum 5. Todestag von Alan Kurdi auf dem Bahnhofsvorplatz. Die vom Leichnam des Zweijährigen veröffentlichten Film- und Fotoaufnahmen erregten im September 2015 weltweites Aufsehen im Zuge der Flüchtlingskrise in Europa. Wenige Tage zuvor hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zudem den Satz geäussert, der in die Geschichte eingehen sollte. «Wir schaffen das», sagte Merkel zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise an der Bundespressekonferenz vom 31. August 2015. BILD KEY

Marco Planas meint...

Wahl-Kampf-Analyse

Schaffhausen hat gewählt, und vor der Detailanalyse gilt es, allen Kandidierenden zu danken. Es erfordert tausend Mal mehr Mut, seine Ideen öffentlich zu vertreten, als am Stammtisch die Faust zu machen und über alles herzuziehen! Doch zurück zum nicht wirklich überraschenden Wahlsontag: Auf Kantonsebene hat die SP ihre Durststrecke überwunden und den längst fälligen zweiten Sitz in der Regierung zurückerobert, und die städtische Stimmbewölkerung hat den von rechts aussen regelmässig plump diffamierten links-grünen Stadtrat mit einem Rekordergebnis im Amt bestätigt. Der Einsatz für eine vielfältige, solidarische und vor allem lebenswerte Stadt für alle steht bei den Schaffhauserinnen und Schaffhausern deutlich höher im Kurs als die rechtsbürgerliche Angst um Parkplätze und Busnischen. Noch spannender als das Wahlergebnis selbst war jedoch der Weg dahin – sowohl in Kopf schüttelnder, schmunzelnder als auch nachdenklicher Hinsicht.



«Demokratie und Rechtsstaat – das eine funktioniert nicht ohne das andere.»

Marco Planas
Primarlehrer und
SP-Grossstadtrat

Neben diesen durchaus positiven Nebenerscheinungen brachte der Wahlkampf aber auch ein paar hässliche Aspekte mit sich. Mehrere Plakate wurden angezündet und eine Kandidatin sollte gar mit einem doppelseitigen Pamphlet, das in alle Haushalte flatterte, an den Pranger gestellt werden. Man darf durchaus stolz auf unsere Stimmbewölkerung sein, dass sie diesen hinterhältigen, erbärmlichen Stil nicht goutierte und die «unsichtbaren Mächte» dahinter an der Urne deutlich abstrafte. Solch ein Fehlverhalten ist mit voller Wucht zu verurteilen, und gerade die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter sollten künftig ein Mindestmass an Anstand und demokratischem Verständnis vorleben. Das ständige Schlechtmachen der städtischen Exekutivmitglieder, die nicht derselben Meinung sind, ist eben nicht nur schlechter Stil, sondern im wahrsten Sinne des Wortes «brandgefährlich».

Fehlende Kinderstube

Als positives Vorbild voranzugehen, bedeutet aber auch – und da wären wir wieder bei der eingangs erwähnten Wildplakatierung angelangt – sich an Regeln zu halten, deren Sinn man selber nicht unbedingt erkennen kann. Demokratie und Rechtsstaat – das eine funktioniert nicht ohne das andere. Natürlich ist es wichtig, kritisch zu denken und Sachverhalte zu hinterfragen. Der nächste Schritt muss dann aber sein, Wege zu finden, Gesetze und Vorschriften, mit denen man nicht einverstanden ist, auf politischem Wege zu ändern, anstatt sie einfach zu ignorieren. Dieses Demokratieverständnis muss von klein auf gelernt werden. Darum stehen mir jedes Mal die Nackenhaare zu Berge, wenn ich sehe, wie Mütter mit ihren Kindern durch die Fussgängerzone radeln, wenn Väter ihren 10-jährigen Söhnen Computerspiele ab 16 schenken oder wenn Grosseltern im Zug vor ihren Enkeln bewusst auf Masken verzichten, weil Corona ja sowieso nur eine Grippe sei. Kritisch hinterfragen, ja, Selbstjustiz, nein. Diese Lektion ist für eine demokratische Gesellschaft unerlässlich und nur wenn sie von allen begriffen wird, lassen sich auch in Zukunft noch genügend Freiwillige finden, die für politische Ämter kandidieren und sich öffentlich für ihre Überzeugungen einsetzen.

Die An- und Einsichten unserer Kolumnisten publizieren wir gerne, weisen aber darauf hin, dass sie selbstverständlich nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen müssen.

Leserbriefe

Bürgerlich? – Eine neoliberale Einöde

Die «Freisinnig Demokratische Partei» hat ihren Freiheitsbegriff verkommen lassen. Heute versteht sie darunter die Freiheit, Geschäfte zu machen und den Staat kaputtzusparen – nur bei Militärausgaben und Strassenbau und wenn es um die Rettung von Grossbanken und Fluggesellschaften geht, ist sie sehr grosszügig. Sie schmückt sich gern mit «Kultur», wenn diese aber zu frech wird, lässt sie sie stillschweigend verhungern. Ihr Fetisch ist die sogenannte «Eigenverantwortung». Wenn sie etwas mit «Kopf, Herz und Hand» (Zitat Wahlkampf-Flyer) anpackt, dann kommt das so raus wie bei der Schaffhauser Rheinpromenade: eine neoliberale Einöde! Die «Bauern-Gewerbe- und Bürgerpartei» nennt sich seit 1971 «Schweizerische Volkspartei», damals hat sie auch die Schwarzenbach-Anhänger und die sogenannte «Autopartei» eingemeindet. Seither verbreitet sie unter dem Zeichen eines «Sünneli»-Symbols Finsternis im Land. Auf ihre Plakate pappt sie immer auch Schweizerkreuze. Das wird früher oder später dazu führen, dass das Schweizerkreuz seine Symbolkraft verliert. Sie nennen das «die erfischend bürgerliche Wende» (Zitat Wahlkampf-Flyer). Beide zusammen bilden ein Duopol der Lähmung, auch für die allereinfachsten Massnahmen – etwa für die Vermeidung von unnötigem Verkehrslärm – fehlt angeblich der «politische Wille», kein Wunder: Beide halten motorisierten Individualverkehr für ihr angestammtes Naturrecht. Das dröhnt sogar in ihrem gemeinsamen Wahlslogan nach: «Unsere starken Wirtschaftsmotoren im Kanton Schaffhausen!» (Zitat Wahlkampf-Flyer) Das ist eine Luxuskonstellation, die wir uns so nicht mehr leisten können: Es stehen nämlich sehr schlechte Zeiten bevor, mit gravierenden Einschränkungen für uns alle. Bürgerliche haben nicht das geistige Rüstzeug, die Problematik in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen und verantwortungsvoll zu handeln. Sie werden alles daran setzen, ihre Privilegien und

die vermeintlichen «Rechte» ihrer Klientel zu behalten. Wenn das anders wäre, hätten wir von bürgerlicher Seite längst Sätze gehört wie: «Freiheit ist unsere Fähigkeit, mit sinnvollen und notwendigen Einschränkungen zu leben.» Der schlimmste Bürgerliche hockt zurzeit im Weissen Haus!

Thomas Lösch
Schaffhausen

Wer verantwortlich wirtschaftet, hat nichts zu befürchten

Zu «Initiative schießt über das Ziel hinaus», SN vom 21. August

Am 21. August titelten die SN, dass die zur Abstimmung vorliegende Konzernverantwortungsinitiative «über das Ziel hinausschiessen» würde. Diesem reisserischen Titel muss entgegengehalten werden: Die Initiative ist eine Lösung mit Augenmass. Sie will sicherstellen, dass Schweizer Firmen weltweit Menschenrechte einhalten müssen. Die Haftung ist dabei auf Gesellschaften beschränkt, über die ein Konzern tatsächlich die Kontrolle ausübt. Wer verantwortlich wirtschaftet, hat also nichts zu befürchten. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den Handel mit Gold oder Diamanten aus Konfliktgebieten. Die Initiative fordert letztlich nichts anderes, als dass Unternehmen für ihre Taten hinstehen sollen: eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen.

Verena Marty
Gächlingen

Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.